

Dicke Luft wegen illegaler Bike-Trails

Eine Hinweistafel im Pilatusgebiet in Kriens sorgt für Ärger. Der Verein Mountainbike Luzern ist «irritiert und enttäuscht».

Simon Mathis

Eine Hinweistafel am Nordhang des Pilatus in Kriens sorgt für Aufregung. Es handelt sich um eine Botschaft von diversen Organisationen an Bikerinnen und Biker, die im Pilatusgebiet unterwegs sind. Darin ist zu lesen, dass in den vergangenen Wochen «weitere illegale Biketrails im Stösswald entstanden» seien. Während der aktuell laufenden Diskussion um die Schaffung legaler Biketrails sei dies «kontraproduktiv», heisst es weiter.

Den «Weg mit polizeilichen Kontrollen, Verzeigungen und aufwendigen Sperraktionen» wolle man «eigentlich nicht gehen», halten die Organisationen fest. Deshalb bitten sie darum, «die bezeichneten Trails zum Schutz der Natur und von störungsempfindlichen Wildtieren nicht mehr zu fahren». Unterzeichnet wurde die Botschaft von der kantonalen Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa), von der Korporation Luzern, dem Stadtförstamt Luzern, der Revierjagd Luzern, der Jagdgesellschaft Hönchberg und dem Verein KriensNatur, einer Sektion von BirdLife Luzern.

Der Verein Mountainbike Luzern reagiert mit «Verwunderung und wachsender Frustration» auf das Flugblatt, wie er in einem offenen Brief schreibt. Auf Anfrage betont Vereinspräsident Andy Stalder, dass sich die Kritik nicht gegen den Inhalt der Hinweistafel richtet. «Der Appell zur Rücksichtnahme auf



Per Mountainbike durch den Wald: Im Pilatusgebiet ist das nicht überall legal.

Symbolbild: Extreme-Photographer/Stockphoto

die Natur ist richtig und wichtig – keine Frage. Was uns jedoch irritiert und enttäuscht, ist das Vorgehen und die Kommunikation gegenüber unserer Organisation und der gesamten Bike-Community.»

Im Pilatusgebiet «herrscht Funkstille»

Namentlich stört sich Stalder daran, dass die Botschaft hinter dem Rücken des Vereins Mountainbike Luzern ausgearbeitet wurde. «Wir wurden bei der

Entwicklung am Pilatus-Nordhang nicht mehr einbezogen», kritisiert Stalder. Dies, obwohl der Verein offiziell an der Mountainbike-Lenkungsstrategie beteiligt sei. Zudem sei mit seiner Hilfe vor zwei Jahren ein Workshop zum Thema Pilatus-Nordhang veranstaltet worden. «Seitdem herrscht Funkstille.»

Stalder hat die beiden Trails, bei denen die Schilder angebracht wurden, gesichtet. Sein Fazit: «Das sind keine wichtigen Trails, einer endet sogar in einer

Sackgasse. Mit ihrer Schliessung können wir leben.» Umso stossender sei, dass keine Gespräche mit dem Verein stattgefunden hätten. Stalder hält fest, dass die Zusammenarbeit mit den Organisationen grundsätzlich erfreulich verläuft. Gerade beim Bireggwald, in dem mehrere offizielle Trails geplant sind, sei die Kooperation vorbildlich. «Uns ist einfach wichtig, festzuhalten, wo wir dabei sind und wo nicht – vor allem unseren Mitglidern gegenüber.»

Der Kanton Luzern antwortet nur indirekt auf die Frage, weshalb der Verein Mountainbike Luzern beim Aufstellen der Tafeln nicht involviert worden ist. Joana Büchler, Mediensprecherin des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartements, hält fest, dass derzeit eine kantonale Strategie für die Mountainbike-Lenkung erarbeitet werde. Mit dieser soll auch die Netzplanung erfolgen. Die Einrichtung von bedarfsgerechten und naturverträglichen Trails benötige Zeit,

schreibt Büchler. «Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle bisherigen oder sogar neu entstehenden, illegalen Mountainbike-Wege in der Zwischenzeit toleriert werden können.»

«Leider werden die Sperrungen oft missachtet»

Solche illegalen Trails würden insbesondere in wertvollen Lebensräumen mit Hinweisschildern gesperrt. «Leider werden diese Sperrungen oft missachtet», fährt Büchler fort. «Informationstafeln werden ausgerissen und mit Asthaufen versperrte Wege wieder freigeräumt.» Das sei auch im Stösswald geschehen. Man habe dort schon mehrmals Tafeln aufgestellt. Trotzdem würden die Wege weiter befahren und neue erstellt.

Und was ist mit der Raumanalyse, die bereits Ende 2022 angestossen wurde? Sie sei zwar abgeschlossen, habe aber bisher noch nicht veröffentlicht werden können, schreibt Marc Lustenberger, Mediensprecher der Stadt Kriens. Dies deshalb, weil ein Antrag laufe, das Vorhaben zu einem Projekt der Neuen Regionalpolitik (NRP) zu machen. Man habe auf diverse Entschiede warten müssen.

Deshalb habe man die entsprechenden Informationen bislang nicht extern kommunizieren können – also auch nicht an Mountainbike Luzern. Mittlerweile habe die Steuergruppe ihre Arbeit wieder aufgenommen und präsentiere die Ergebnisse zu «gegebener Zeit».

Initiativen in Luzern und Emmen wollen Bypass verhindern

Die Bevölkerung soll sich zum Autobahnprojekt Bypass äussern. Es sei «mehr als eine reine Protestaktion», so die Initianten.

Yann-Alexander Hage

Eine kommunale Initiative aus Emmen und der Stadt Luzern will der Bevölkerung die Chance geben, über den Bau der Autobahnumfahrung «Bypass Luzern» abzustimmen. Lanciert wird das Ganze von einem breit abgestützten Komitee aus Umweltverbänden und politischen Parteien in Emmen und Luzern, darunter Grüne, SP und GLP.

Das Bypass-Projekt beruhe auf falschen Annahmen und

unglaublichen Verkehrsmo-
dellen, sagte Michael Töngi,
Grünen-Nationalrat und Präsi-
dent des Verkehrs-Clubs (VCS)
Luzern, an einer Medienkonfe-
renz am Freitag. Auch wider-
spreche der Autobahnausbau
der Klimastrategie von Kanton
und Gemeinden.

Projekt basiere auf falschen Zahlen

Töngi bemängelt unter anderem, dass die bisherigen Berechnungen den Nutzen der

Strassenausbauten überschätzen, da die Kosten der Stautunden viel zu hoch angesetzt seien. Auch der Berechnung der Stautunden traue er nicht: «Der Bund argumentiert ständig mit massiv gesteigerten Stautunden. In Wirklichkeit hat er die Berechnungsart geändert und mehr Strassen dazugezählt.»

Im Nein zum Autobahnausbau vom vergangenen November sehe das Komitee eine Zäsur, sagt die Luzerner Gross-

stadträtin Anna-Lena Beck (GLP). Dabei beruft sie sich auf die deutlichen Resultate in Luzern (65 Prozent Nein) und Emmen (54,5 Prozent Nein). «Das Referendum hat gezeigt, dass ein Umdenken benötigt wird und die Bevölkerung keinen Autobahnausbau will.» Nun sei es der «logische Schritt», wie Nationalrat Töngi sagt, die Bevölkerung in Luzern direkt zum Bypass zu befragen.

Kommt die Initiative zu spät?

Fraglich bleibt der gewählte Zeitpunkt der kommunalen Initiative. Denn auch wenn der Bypass noch nicht in trockenen Tüchern ist (siehe Box) – der Prozess ist schon weit fortgeschritten. Kommt die Initiative damit zu spät, um noch etwas zu bewirken?

Für Grossstadtrat Yannik Gauch (SP) ist das nicht der Fall. Die SP wolle sich nicht auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts verlassen, sondern der Bevölkerung die Möglichkeit geben, über das Projekt abzustimmen. Als Vorbild nennt er die Initiative gegen die Spange Nord, die 2020 klar angenommen wurde. Grossstadtrat Adrian Häfliger (Grüne) da-

gegen räumt ein, dass der Zeitpunkt spät gewählt sei. Der Bypass sei eigentlich schon beschlossene Sache, mit der Initiative solle nun aber trotzdem versucht werden, das Projekt aufzuhalten.

Um eine reine Protestaktion handele es sich dagegen nicht, wie Häfliger sagt. «Die Initiative soll eine Signalwirkung haben.» Nationalrat Töngi räumt der Initiative gute Chancen ein. «Nun erhält die Bevölkerung die Möglichkeit, ihren Willen klar zum Ausdruck zu bringen.»

Neben Luzern und Emmen ist auch Kriens direkt vom Bypass betroffen. Doch dort ist keine Volksinitiative geplant.

Denn in Kriens gibt es das Komitee BypassPLUS, dem sämtliche Parteien angehören. Das Komitee kämpft insbesondere für eine Einhausung der künftigen Autobahn in Kriens. Man habe entschieden, keine Gemeindeinitiative zu lancieren, wie Co-Präsidentin und Kantonsrätin Michèle Albrecht auf Anfrage mitteilt. «Wir sind im konstruktiven Dialog mit den Akteuren bereits so weit fortgeschritten, dass wir nicht auf die eine oder andere Seite kippen möchten.» Konkret geht es dabei um die mit dem Astra ausgehandelte Überdachung der heutigen Autobahn südlich des Sonnenbergtunnels.

Bypass: Der aktuelle Stand

Derzeit liegt der Ball beim Bundesverwaltungsgericht: Nachdem der Bund im Februar 2024 die Baubewilligung für den Bypass erteilt hatte, bei dem die Einsprachen mehrerer Luzerner Gemeinden nicht berücksichtigt worden waren, entschied sich neben der Stadt Kriens auch der Luzerner Stadtrat, den Bund vor Gericht zu zerren.

Seither wird auf den Entscheid gewartet.

Die wichtigste Forderung der Stadt Luzern ist eine durchgehende Busspur durch die Innenstadt, welche Teil des Bypass-Projekts werden soll. Sollte das Bundesverwaltungsgericht die Einsprachen ablehnen, wäre ein Weiterzug vor Bundesgericht möglich. (yah)

ANZEIGE

Ja

zum Spitalgesetz

...weil die Ausbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in den Regionalspitalern bei der Rekrutierung von Hausärztinnen und Hausärzten eine entscheidende Rolle spielt.

Aldo Kramis
ehem. Präsident kant. Ärztegesellschaft, Emmenbrücke

FÜR ALLE!

Sonntag, 18. Mai 2025

ja-zum-spitalgesetz.ch